



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Verband der
Krankenhausdirektoren
Deutschlands e.V.
Landesgruppe Bayern



Gesundheitspolitische Weichenstellungen in den anstehenden Koalitionsgesprächen

nachrichtlich: alle bayerischen Bundestagsabgeordneten
Bayerische Krankenhausgesellschaft

Weiden / München, den 22. Januar 2018

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,
sehr geehrte Frau Gesundheitsministerin Huml,
sehr geehrte Frau Landesvorsitzende Kohnen,
sehr geehrter Herr Generalsekretär Grötsch,

Sie werden überrascht sein, dass wir uns heute gemeinsam – die Gewerkschaft ver.di zusammen mit den bayerischen Krankenhausdirektoren – an Sie wenden.

Leider macht dies die äußerst schwierige, ja kritische Situation der bayerischen Krankenhäuser notwendig. Seit Jahren sind die bayerischen Krankenhäuser und die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Garant für die Sicherstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung nicht nur im stationären Bereich, sondern auch in vielen ambulanten Teilgebieten – in allen Landesteilen des Freistaates Bayern. Die Zuspitzung der Situation durch unsererseits kaum zu beeinflussenden Rahmenbedingungen gefährdet zwischenzeitlich die Versorgungssicherheit:

- Die Einrichtungen sind notorisch unterfinanziert: Defizite erhöhen den ökonomischen Druck und gefährden das Überleben von Krankenhäusern. Im Jahr 2016 schrieben 42 % der bayerischen Krankenhäuser ein Defizit. Dies wird sich in 2017 durch eine unzulängliche Steigerung des Landesbasisfallwertes (+1,16%) zur Gegenfinanzierung der tariflichen Personalkostensteigerung (durchschnittlich ca. + 3,1%) noch verschlechtern. Jenseits dieser Gesichtspunkte ist daran zu erinnern, dass Krankenhäuser hinsichtlich ihres wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Gewichts für ihre jeweiligen Regionen von erheblicher Bedeutung sind. Auch mit Blick auf die demographischen und gesundheitspolitischen Herausforderungen darf jeder investierte Euro als Zukunftsinvestition gewertet werden.
- Leistungsmenge und Leistungsintensität überlasten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Krankenhäuser zusehends, Krankheitsausfälle in den Kliniken erreichen Rekordniveaus, Überstunden steigen kontinuierlich an, bürokratische

Gängelung führt zu zunehmender Frustration, immer mehr Personal in den Gesundheitsberufen verlässt den Beruf oder flüchtet in Teilzeit, die Attraktivität der Gesundheitsberufe ist v.a. aufgrund der Arbeitsbedingungen auf einem Tiefpunkt, qualifiziertes Personal ist im notwendigen Umfang praktisch nicht mehr zu finden, Versorgungskapazitäten und ganze Leistungsbereiche können vielerorts nicht mehr uneingeschränkt betrieben werden. Eine Situation, die insbesondere hinsichtlich der Verhältnisse in der Pflege und deren Zukunft dringenden politischen Handlungsbedarf signalisiert. Vor allem in ländlichen Gebieten zeichnen sich für unsere Bürgerinnen und Bürger bereits heute einschneidende Maßnahmen in der Gesundheitsversorgung ab: Wege werden für die Patienten weiter, Leistungsangebote eingeschränkt bis hin zu einer abnehmenden Verfügbarkeit von Notfall- und Intensivkapazitäten.

- Patientinnen und Patienten werden zunehmend unzufrieden und vermissen die zwischenmenschliche Zuwendung. In den meisten Beschwerden wird die notorische Personalknappheit beklagt. Aufgrund der weiterhin extrem zunehmenden Bürokratie kommt immer weniger „Arbeitsleistung“ direkt beim Patienten an. Eine Situation, welche Patienten und Beschäftigten zunehmend inakzeptabel erscheint. Auch aus medizinischer Hinsicht ist die Bedeutung der Pflege für den Genesungsverlauf hinreichend belegt.

Diese Situation in den bayerischen Krankenhäusern und den Versorgungsregionen ist vorrangig systemisch durch die Rahmenbedingungen verursacht. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den bayerischen Krankenhäusern sind äußerst engagiert und tun alles dafür, unseren Patientinnen und Patienten eine adäquate Versorgung zuteilwerden zu lassen. Dennoch sind Grenzen erreicht, ja sogar überschritten.

Die Verärgerung über die anhaltende Ignoranz der politischen Entscheidungsträger für die Sorgen und Nöte der Beschäftigten in den bayerischen Krankenhäusern nimmt sehr stark zu. Die Bereitschaft systemische Unzulänglichkeiten weiterhin durch persönlichen Einsatz bis hin zur Gesundheitsgefährdung zu kompensieren, nimmt immer mehr ab. Deswegen fordern wir gemeinsam im Namen der Betroffenen, dass endlich die grundlegenden und weitgehend bekannten Grundsatzprobleme in den Krankenhäusern gelöst werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,
sehr geehrte Frau Gesundheitsministerin Huml,
sehr geehrte Frau Landesvorsitzende Kohnen,
sehr geehrter Herr Generalsekretär Grötsch,

wir möchten Sie mit Blick auf die Situation unserer Kolleginnen und Kollegen in unseren Kliniken sowie die Sicherstellung einer hochwertigen und flächendeckenden Gesundheitsversorgung für unsere Bürger in Bayern dringend darum bitten, sich im Rahmen der nunmehr anstehenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene vornehmlich für die Lösung folgender Problemfelder einzusetzen:

- Gewährung einer tatsächlichen und nicht nur dahingesagten Wertschätzung der geleisteten Arbeit und des überdurchschnittlichen Engagements unserer Kolleginnen und Kollegen, welche diese für den einzelnen Patienten und das Gemeinwohl erbringen. Anstrengungen zur Lösung der Probleme müssen ernsthaft angegangen werden.
- Sicherstellung einer sachgerechten Finanzierung von ausreichend Personal in den bayerischen Krankenhäusern. Diesbezüglich besteht insbesondere in der Pflege ein

akuter und erheblicher Nachbesserungsbedarf. Begleitende Maßnahmen müssen die Voraussetzungen für die Deckung des zusätzlichen Personalbedarfs schaffen. Zukünftig müssen Personalkostensteigerungen vollumfänglich gegenfinanziert werden – für alle Berufsgruppen im arbeitsteilig absolvierten Krankenhausbetrieb.

- Der Bürokratismus muss auf ein sinnvolles und handhabbares Maß reduziert werden. Entsprechende Unterstützungssysteme z.B. im digitalen Bereich müssen eingeführt und finanziert werden. Die Beurteilung von Qualität muss aus der Sicht des Patienten erfolgen; dabei spielt auch Zuwendung und Zeit eine wesentliche Rolle.

Da wir wissen, dass Ihnen die Bedürfnisse und Probleme der bayerischen Krankenhäuser am Herzen liegen, hoffen wir auf Ihre Unterstützung. In den derzeitigen Koalitionsverhandlungen für ein Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung werden die bundespolitischen Eckpfeiler der Krankenhauspolitik abgesteckt. Aber auch im Rahmen der Investitionsförderung und der Krankenhausplanung auf Landesebene bestehen Möglichkeiten der Unterstützung. In diesem Zusammenhang möchten wir der bayerischen Regierung und dem Landtag ausdrücklich für die Aufstockung der Fördermittel um 140 Mio. Euro in Bayern danken. Damit wird das kumulativ angewachsene Investitionsdefizit anerkannt und in einem ersten spürbaren Schritt angegangen.

Als politische Verantwortliche im Land appellieren wir an Sie, machen Sie ihren Einfluss auf die Bundes- und Landespolitik geltend, damit Maßnahmen zum Erhalt einer hochwertigen und flächendeckenden Krankenhausversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger ergriffen werden. Hierzu gehört es auch, einen Rahmen für bessere Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern zu schaffen. Akutem Handlungsbedarf in der Pflege ist mit einem Sofortprogramm als auch mittel- und langfristig wirksamen Maßnahmen zu entsprechen, die der Be- und Überlastung unserer Pflegekräfte abhilft und eine fachlich kompetente und menschliche Pflege für die Zukunft sichert. Bitte setzen Sie sich dafür gemäß Ihrer Möglichkeiten ein.

Gerne stehen wir Ihnen zu einem vertiefenden Gespräch zur Verfügung.

Abschließend möchten wir Ihnen bereits an dieser Stelle für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung danken.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Götz
Landesvorsitzender
Verband der Krankenhausdirektoren
Landesgruppe Bayern



Robert Hinke
Landesfachbereichsleiter Gesundheit, Soziale
Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, ver.di Bayern

Diese Schreiben wird uneingeschränkt unterstützt durch die Klinik-Kompetenz-Bayern eG (Zusammenschluss von 62 bayerischen Kliniken) und die Gesundheit Oberbayern eV (Zusammenschluss von 21 oberbayerischen Krankenhäusern).

Der für Krankenhäuser zuständige Fachbereich 3 der Gewerkschaft ver.di repräsentiert allein in Bayern über 43.800 Mitglieder.